

Lichtensteiner-Gallberger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtenblatt

Begeblatt für Sebnitz, Müllitz, Borsdorf, Wilsdorf, St. Egidien, Schmiedewitz, Marienau, Radeberg, Ortmannsdorf, Müllitz St. Nicolaus, St. Jacob, St. Michael, Schöngarten, Tharandt, Niederwiesenthal, Radebeul und Lichtenstein

Amtsblatt für das Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein

Alte Auflage

Amtsgerichtsbezirk

69. Jahrgang.

Nr. 273

Hauptausgabeorgan
im Amtsgerichtsbezirk

Mittwoch, den 26. November

Vollständigste
Zeitung Nr. 86697.

1919.

Dieses Blatt erscheint täglich, außer Sonn- u. Festtags, nachm. für den folgenden Tag. — Vierteljährlich 4,50 Mk., durch die Post bezogen 5,40 Mk. — Einzelne Nummer 15 Pfg. — Bestellungen nehmen außer der Geschäftsstelle, Wilhelm Ebert-Straße 26, alle Poststationen, Postboten, sowie die Anträger entgegen. — Inserate werden die fünfspaltige Grundzeile mit 50, für auswärtige Fernspr.-Anschlag Nr. 7. — Bezahler mit 40 Pfg. berechnet. — Reklamazeile 75 Pfg. — Im amtl. Teile kostet die zweispaltige Zeile 90 Pfg., für Auswärtige 120 Pfg. — Tel.-Adr. Tageblatt

Bezirksverband.
R. L. Nr.: 1408 a. Ea.

Nährmittel.

Für die Woche vom 23.—29. November 1919 sind auf Marke T4 der Lebensmittelkarte A 75 gr Getreide und auf Marke U 4 50 gr Kartoffelfstärke, mehl oder Kartoffelfago zur Verteilung bestimmt.

Glauchau, am 24. November 1919.

Freiherr v. Welck, Amtshauptmann.

Bezirksverband.
R. L. Nr.: 407. No.

Es liegt Veranlassung vor, nochmals darauf hinzuweisen, daß die Bekanntmachung des Arbeits- und Wirtschaftsministeriums vom 7. Januar d. J., die das Beheizen von Theatern jeder Art und von Kirchengebäuden, von Sälen und Räumen für den Gebrauch als Konzertsäle und Vortragssälen und für die Abhaltung von Festlichkeiten jeder Art, sowie von Kirchen untersagt, noch in Kraft ist. Verboden ist nicht nur die Beheizung mit Kohlen, sondern schlechthin die Beheizung mit allen Brennstoffen, insbesondere auch mit Brennholz und Brennstoff.

Zusammenhänge werden mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder Geldstrafe bis zu 1500 Mk. bestraft.

Glauchau, den 22. November 1919.

Freiherr v. Welck, Amtshauptmann.

Kurze wichtige Nachrichten.

* Wie aus Karlsruhe gemeldet wird, haben die Städte Straßburg, Metz und Kolmar dem Kaiser zu ihrem Ehrenbürger ernannt. (!) Die Universität Straßburg wurde unter Anwesenheit Poincaré eröffnet.

* „Daily Mail“ meldet aus Paris daß eine neue Forderung der Friedensstratifikation bis zur Erledigung des Vertrages durch den amerikanischen Senat beschlossen worden ist.

* Nach Meldungen aus New York hat Lansing im Senatsauschuß zu dem Antrag Lodge auf sofortigen Friedensschluß mit Deutschland erklärt, daß der Präsident dem Antrag nicht bestimmen könne.

* Die Umgestaltung der Erwerbslosenfürsorge war der Gegenstand einer Besprechung, welche im Reichsarbeitsministerium stattfand.

* Wie wir aus Berlin erfahren, sind Kohlenmengen für Wien auf dem Wege. Von München aus sind große Getreidemengen nach Wien zum Abtransport gekommen.

* Wie aus Berlin gemeldet wird, wurden in den letzten Tagen wiederum Kommunisten verhaftet die sich Waffenbeschaffung hatten zu Schulden kommen lassen. Wie man vermutet, stehen die Spartakisten vor neuen großen Vorbereitungen für den Winter.

* In der Nationalversammlung wurde gestern ohne erhebliche Änderung das Gesetz über die Reichsstaatsanwaltschaft in der zweiten Lesung angenommen.

* Der Comité Rat will die deutsch-polnischen Verhandlungen in Paris verlegen.

* Im Aktikum ist die Lage der zurückkehrenden deutschen Truppen infolge der leidlichen Haltung der Polen und Litauer außerordentlich ernst, an einzelnen Stellen verweigert. Nach überbrachten Nachrichten soll Litauen-Borbeck in Litaunen mit 3000 Mann (?) eingetroffen sein, um den Deutschen Hilfe zu bringen.

* Der Oberste Rat wird in der nächsten Zeit die ersten Auslieferungslisten überreichen. Auf der Liste sollen sich befinden die Gouverneure von Litauen, Letland und v. Gruwenitz, sowie mindestens 150 Offiziere, deren Plünderung und Verbrechen an der Zivilbevölkerung vorgeworfen wird.

* Der Ausschuß der Nationalversammlung zur Erfüllung des Friedensvertrages schlägt der Regierung vor, wegen der damit verbundenen Härte, nochmals zu versuchen, eine Milderung in der Nichtablieferung herbeizuführen.

* Die Faktion der Deutschen Demokratischen Partei in der Nationalversammlung tritt dem B. T. zufolge für eine Ablehnung der Zusatzforderung zum Friedensvertrag ein da ihre Erfüllung die Möglichkeit der Abreise Döndel und Schiffahrt wieder aufzubauen.

Minister Absichte über Finanz- und Wirtschaftfragen.

In einer außerordentlichen Hauptversammlung der Deutschen Demokratischen Volkspartei für Leipzig u. Umg. hielt Finanzminister Bischoff eine Rede über

Finanz- und Wirtschaftfragen. Er erklärte, daß er die Steuerpolitik, wie sie vom Reichsrat einseitig beschlossen sei, denklich halte. Den Einzelstaaten und Gemeinden sei die Steuerhoheit genommen, abgesehen sich ein Weg, die Steuern lassen müssen, der die Möglichkeit einer freiwilligen Bewegungsfreiheit namentlich für die Gemeinden hätte geben müssen. Der künftige Reichstag werde aus der Novellierung nicht hervorgehen. Wenn es dem Reichsfinanzministerium wirklich gelingen sollte, die Steuerlasten des Reichs notwendig heranzustellen, dann werde hierdurch ein ganz falscher Eindruck nach außen erweckt, weil das grenzenlose finanzielle Elend der Einzelstaaten und Gemeinden von unserer Gegenwart nicht zu trennen werde, sondern nur die Finanzlage des Reichs als Maßstab für unsere Leistungsfähigkeit in Frage komme. Bei allem Verständnis für die Lage des Reichs müsse doch gesagt werden, daß der eingeschlagene Weg falsch sei, und es müsse verlangt werden, daß andere Mittel und Wege in Frage kämen. Er habe die Absicht, für den Reichstag ein aktives Finanzpolitik zu treiben. Mit dem Volk und Wahlenlassen müsse es vorwärts gehen. Es sei aber nicht möglich, einen Mann aufzustellen, solange das Verhältnis der Einzelstaaten zum Reich nicht festgestellt sei. Wir hätten in Sachsen ein Drittel Milliarden Schulden; dem Reich gegenüber entsprächen die Vermögenswerte gegenüber. Wenn wir aber einen Teil des Rückgrats unserer Finanzwirtschaft, die Eisenbahn, aus dem Reich übergeben müßten, dann dürfte unser Land steuerlich nicht so ausgebeugt werden, daß für uns selbst nichts bleibe. Eine Überbeanspruchung auf dem Steuergebiete würde katastrophal wirken. Durch den Verkauf der Eisenbahn seien wir gezwungen unsere verbundenen Unternehmungen auf eine ganz andere Grundlage zu stellen. Sie müßten nach kaufmännischen Grundsätzen verwaltet werden.

Es blieben zwei Wege, um vorwärts zu kommen. Zunächst müßten wir sparen. Alle Ausgaben, die nicht produktiver Art sind, müßten zurückgestellt werden. Auf kulturellem Gebiet solle geteilt, was notwendig sei. Die zweite Pflicht sei, daß wir mit Fleiß arbeiten müßten. Es müßte jedem einsehen eingeschämert werden, daß er auch ein Maß von Verantwortung zu tragen habe.

Er sei beauftragt worden, nach Berlin zu reisen, um die drei wichtigsten Finanzgebiete im Reichsrat zu verabschieden. Er habe aber die Entwürfe noch nicht zu sehen bekommen.

Er könne nicht nach Berlin gehen, nur um zu und Amen zu sagen und Hilfe, daß sich auch die übrigen Mitglieder des Reichsrates auf diesen Standpunkt stellen würden.

Wenn auch ein Teil unseres Volkes, so erklärte der Minister schließlich, mit den heutigen Zuständen nicht zufrieden sei, so müsse doch jeder objektive Beurteiler einsehen, daß die Parteien, die heute die Verantwortung tragen, abgesehen sie sich in fortgesetzter Abwehrhaltung gegen rechts und links befinden, noch viel Schlimmeres abgewendet hätten; wenn das Schlimmste nicht eingetreten sei, so sei festzustellen, daß die Parteien, die heute die scharfe Kritik üben, nichts dazu beigetragen hätten.

Die Ausführungen des Ministers wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Nach kurzer Aussprache wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in der gegen die von dem Reichsrat verlangte Ablieferung von 400 000 Tonnen Schwimmblock, Bagern usw. Widerspruch erhoben und die Reichsregierung aufgefordert, sich dieser Forderung ein unbedingtes Nein entgegenzusetzen.

Französische Sorgen über Amerika.

Der gefährdete Schutz Frankreichs.

Paris, 23. Nov. „Leclair“ schreibt, man würde Deutschland schlecht kennen, wenn man annähme, es würde die Abkündigung des amerikanischen Vertrages nicht ansahen, um die wesentlichen Bestimmungen des Friedensvertrages noch einmal zu erörtern. Aber der Ausfall der Vereinigten Staaten könnte die einfache und glatte Annulierung des englisch-französisch-amerikanischen Schutzvertrages, durch den England sich verpflichtet habe, Frankreich bei einem Angriff Deutschlands beizustehen, herbeiführen.

Der Schutzvertrag besagt bekanntlich, daß Amerika und England Frankreich im Falle eines provisorischen deutschen Angriff beistehen werden.

Französische Bestürzung.

Paris, 24. Nov. „Le Temps“ ist entsetzt über die Erklärung von Lord Lans zur Frage der englisch-französischen Militärkonvention. Viele Erklärungen seien geeignet, in Frankreich allgemeine Bestürzung hervorzurufen. Man beschränkt, England wolle den mit Frankreich eingegangenen Verpflichtungen nicht nachkommen, wenn Amerika nicht die gleichen Verpflichtungen übernehme.

Französisch verlangt weitere Anexionen.

Wien, 24. Nov. Die „Neue Tag“ aus gut unterrichteten Kreisen erfahren haben will, ist die französische Regierung, falls die Ablehnung des Friedensvertrages der Vereinigten Staaten Tatsache sein sollte, entschlossen, auf ihr ursprüngliches Programm zurückzukommen und die Anexion des Saargebietes und dauernde Besetzung des linken Rheinufer zu verlangen, da einerseits das Schicksal mit Amerika nicht zustande gekommen sei und andererseits Deutschland wichtige Bestimmungen des Friedensvertrages nicht erfüllt habe.

Der verlorene Rhein.

Brag, 22. Nov. Aus Paris wird gemeldet: Der französische Minister für öffentliche Arbeiten, Fisseille, wird zum Vorsitzenden des Rheinausschusses ernannt sein, sobald das Friedensabkommen ratifiziert ist. Dieser Ausschuss besteht aus je zwei Mitgliedern Hollands, Belgiens, Englands, Italiens, und der Schweiz und je vier Mitgliedern der deutschen Reichsstaaten und Frankreichs. Er hat die Aufgabe, innerhalb von sechs Monaten nach dem Inkrafttreten des Friedensabkommens eine Änderung des Mainheimer Rheinvertrages von 1848 vorzubereiten. Er hat weiter dafür zu sorgen, daß die freie Fahrt auf dem Rhein für alle Länder gesichert bleibt. Ferner muß er die Auslieferung der deutschen Schleppfähren und der deutschen Handelsanrichtungen in Rotterdam überwachen. Fisseille hat einen ausgedehnten Plan für die Ausbesserung der Wasserstraßen

urteil.) Das zur
andels eingetragene
ist, indem es den
isher mit vieler
betreibt, wegen
Buchhaus ver-
schäfte bis 2000
den Dienstrecht
u, der im August
ermordet hat.
rkäufer
en
Pfeifen,
stöcke
w.
ahl und sehr
rt bei
Jacobi,
rienplatz 9.—
in Lichtenstein
sein
Gewalt
unhiesigen An-
ternehmen P
le erb.
r, Chemnitz,
straße 18 II.
strumente
Violinen, Gui-
nolen, Zieh- und
khas, Sprech-
elbosen usw.
amfont;
Fabrikat.
Waldau I. Sa.
es schwarzes
den-Kleid,
rzes seidenes
en-Jackett
erkaufen.
in der Gesch.
ndorf.
haus
Wagner.
tung!
renglofen
itz 1. E.
kheit
1919.
Hoy.
den
statt.
ein.